

# Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 Mk., in Wilsdruff 1,30 Mk., durch die Post bezogen 1,54 Mk.

Bezugsort Nr. 5. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Amtstribunal zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Knausdorf, Kaufbach, Keffelsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Linbach, Losen, Mohorn, Müllig-Rothsch, Runzig, Reufkirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberbernsdorf, Bohrsdorf, Böhrsdorf bei Wilsdruff, Rothsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schiebwalde, Sora, Steinbach bei Keffelsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligshald, Speckshausen, Tandenheim, Ulkersdorf, Weistroy, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für Inhalt und Inserate verantwortlich: Arthur Schulte, für den übrigen Teil: Johannes Krzlg, beide in Wilsdruff.

No. 82.

Donnerstag, den 22. Juli 1909.

68. Jahrg.

**Diphtherie-Serum** mit den Kontrollnummern 913 bis 943 (geschrieben: neunhundertdreizehn bis neunhundertvierunddreißig) aus den Höpfer Farbwerken, 159 bis 163 (geschrieben: einhundertneunundfünfzig bis einhundertdreißig) aus der Meißner Fabrik in Darmstadt, 115 und 116 (geschrieben: einhundertfünfzehn und

einhundertsechzehn) aus dem Serum-Laboratorium „Aneke Gnoh“ in Hamburg ist, soweit nicht bereits früher wegen Abschwächung pp. eingezogen, wegen Ablaufs der staatlichen Bewährungsfrist zur Einziehung bestimmt worden. Dresden, den 17. Juli 1909. **Ministerium des Innern.**

### Verteuert die Mühlenmehlfeste das Brot?

Nachdruck erwünscht.

In letzter Zeit hat die Mühlenmehlfeste viel von sich reden gemacht. Mancher schlichte Staatsbürger wird mit Befriedigung vernommen haben, daß diese gefährdete Steuer endlich abgelehnt wurde, denn die hätte ja das Brot verteuert! Fast die ganze Presse schrieb dies ja. Wie aber steht denn dies Gespenst der Brotverteuerung aus?

Die Mühlenmehlfeste war stofflos gedacht und zwar derart nach oben ansteigend oder den Großbetrieblern belastend, daß er nicht mehr lohnen konnte. Sie sollte eine vernünftige Schranke für das alles auffressende Großkapital sein.

Das war diesem natürlich unangenehm und man gab der entstehenden Mut vorsichtiger Weise ein vornehmeres Mäntelchen um, indem man die Sorge um die Volkswohlfahrt als Beweggrund zur Agitation gegen diese Steuer herausklingen ließ.

Man sagte: „Die Steuer muß der Konsument doch tragen, wir schlagen dieselbe auf das Mehl und die Brotverteuerung liegt auf der Hand.“

Dies hat auch wirklich so etwas Bestechendes, daß man sich nicht wundern darf, wenn nicht selten sogar recht intelligente Männer aus dem Mittelstand dieses Bedenken gegen fragliche Steuer aussprechen.

Nun haben wir aber doch im Mehl eine gewaltige Ueberproduktion. Die Finanzkommission hatte nun ihren Steuervorschlag derart glücklich und gut ausgearbeitet, daß nur gerade diese Ueberproduktion getroffen werden sollte und wohl auch getroffen werden konnte.

Tatsache ist nämlich, daß sämtliche deutschen Binnenmühlen im Durchschnitt seit Jahren nur zur Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind, da eben die Mehlmühlen, welche zum Teil 5-800 Zentner Getreide in einem Tage vermahlen, alles an sich reißen.

Würde nun die Mühlenmehlfeste besetzt geworden sein, so hätten diese Mehlmühlen eine Steuer von 11-12,50 Mk. auf die Tonne — 20 Zentner — zu tragen bekommen. Das wäre allerdings ziemlich viel und würde, auf sämtliche zur Ernährung nötige Mehl geworfen, seine Wirkung auf die Brotpreise nicht verfehlen.

Nun brauchen aber ja jene Mehlmühlen nur ihren Betrieb entsprechend einzuschränken, dann fiel auch die Steuer ganz bedeutend schnell.

Und was geschah dann?

Die 40000 bestehenden deutschen Binnenmühlen belamen wieder mehr Arbeit für ihre Betriebe, da eben der Mehlbetrieb, welcher die Ueberproduktion gewaltsam fördert, nicht mehr lohnte. Diese Binnenmühlen aber traf die Steuer mit nur minderem Steuersatz pro Tonne, derart, daß die Steuer eine Wirkung auf den Brotpreis fast gar nicht haben konnte.

Man sehe sich die Sache mal von einer anderen Seite an:

Deutschland verbraucht jährlich für etwa 2800 Millionen Mark Brotgetreide. Die Mühlensteuer sollte im ganzen aber etwa 12 Millionen Mark bringen, das ist ja bloß  $\frac{1}{233}$  des Verbrauchs. Also etwa  $\frac{1}{233}$  des d. h. ein Brot für 100 Pfg. kostet nach Einführung der Mühlensteuer noch nicht 101 Pfg.

Eine noch andere Beleuchtung der Sachlage ist die: Die Mühlenmehlfeste sollte jährlich 12 Millionen Mark bringen. Deutschland verbraucht nun jährlich 15 Millionen Tonnen Getreide. Demnach kam auf die Tonne Getreide 80 Pfg. Steuer. Wir wollen nun gar nicht die heutigen Preise (Weizen à Tonne 280 Mk. und Roggen 200 Mk.) annehmen, sondern nehmen nur einen Durchschnittspreis von 180 Mk. pro Tonne Getreide an. Was aber sind 80 Pfg. Steuer auf 180 Mark? Es ist wohl gar nicht nötig erst auszurechnen, wie viel dadurch ein Sechshundertrot verteuert wird?

Wäre diese Mühlenmehlfeste als „Erdröselungssteuer“, wie sie die großkapitalistische Presse verschie-

gandhabt worden, derart, daß auf jede Tonne vermahlene Getreide 10 Mk. — also noch nicht der höchste Satz von 12,50 Mk. — erhoben würden, dann müßte diese Steuer brotverteuernd wirken, hätte aber auch, anstatt der erwarteten 12 Millionen Mark, 150 Millionen Mark in den Staatskassensäckel geleitet.

Man sieht also die alte Geschichte immer wieder.

Wenn man dem Großkapital ein wenig zu nahe treten will, so setzt die allmächtige Presse mit einem großen Tamtam ein, stellt allerhand Tatsachen auf den Kopf und — findet Glauben.

Nun noch eins.

Zu der Begründung zur Reichsfinanzreform steht der Satz zu lesen: „Das Großkapital muß pflöglich behandelt werden.“

Mittelstand! Wer Ohren hat zu hören, der höre!

An der Behandlung der Mühlenmehlfeste hat man gesehen, daß man es mit der Pflege des Großkapitals ernst nimmt, wohin aber der moderne Tanz um das goldne Kalb führen wird? — — —

### Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 21. Juli.

#### Deutsches Reich.

##### Der Kaiser auf der Nordlandsreise.

Die Kaiserliche Yacht Hohenzollern mit Kaiser Wilhelm an Bord hat am Sonntag früh 4 Uhr die Nordlandsreise angetreten. Der Kreuzer Hamburg und das Dampfschiff Sleipner begleiteten die Hohenzollern.

##### Kempinski contra Kräfte.

Der Staatssekretär des Reichspostamts Kräfte wird demnächst mit den Gerichten zu tun bekommen. Seine Neueinführung der Markenhefte, die, wie sich nunmehr herausstellt, bereits vor Jahren die bekannte Berliner Weinstempe Kempinski erfunden und sich durch Gebrauchsmuster Nr. 281286 hat schützen lassen, wird von dieser Firma beanstandet. Die Firma hat bereits die nötigen Schritte zur Wahrnehmung des Schutzes ihres Gebrauchsmusters eingeleitet.

##### Die Reform der Fahrkartensteuer.

Die nach den ursprünglichen Finanzplänen der Regierung fallen sollte, ist bekanntlich schließlich doch beibehalten worden, um die Summe von 500 Millionen voll zu machen. Nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz ist die Regierung aber entschlossen, die Steuer nicht in ihrer bisherigen Form bestehen zu lassen, und sie wird ein Gesetz über die Aenderung der Fahrkartensteuer dem Reichstag in der nächsten Tagung vorlegen. Die Vorschläge der Regierung zur Reform der Fahrkartensteuer werden sich an die Denkschrift anlehnen, die der Finanzkommission auf ihr Verlangen vom Reichsschatzamt vor mehreren Wochen vorgelegt wurde. Die Regierung hat einen  $\frac{3}{4}$  prozentigen Zuschlag unter Freilassung der Fahrkarten 4. Klasse zum Preise bis zu einer Mark in Anregung gebracht. In diesem Sinne wird die Regierung auch vom Reichstag die Reform der Fahrkartensteuer verlangen.

##### Der Veteranen-Ehrensold

wird in nächster Zukunft zur Auszahlung gelangen können. Einen bezüglichen Gesetzesentwurf hatte der Reichstag auf Antrag des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Grafen Oriola noch kurz vor dem Schluß der Session angenommen. Der Bundesrat wird dem Entwurf in diesen Tagen schon seine Zustimmung erteilen. Es werden dann alle Kriegsteilnehmer, die unterstützungsbedürftig oder älter als 60 Jahre sind und deren Jahreseinkommen 600 Mark nicht übersteigt, jährlich eine Beihilfe von 120 Mark erhalten. Anträge um Bewilligung der Beihilfe sind an die Ortsbehörde des Wohnortes zu stellen, jedoch erst nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes.

### Die deutsche Flottenverflechtung an der spanischen Küste.

Telegramme aus Bilbao, Vigo, Ferrol und Coruna melden die Ankunft der Schiffe der unter dem Kommando des Prinzen Heinrich von Preußen stehenden deutschen Hochseeflotte. Wie aus Bilbao gemeldet wird, begab sich am Sonntag nachmittag Admiral Rorabe, der Befehlshaber der dort vor Anker liegenden spanischen Division an Bord der „Deutschland“, um den Prinzen Heinrich von Preußen zu begrüßen. Prinz Heinrich erwiderte den Besuch an Bord des „Carlos V.“, der einen Salut von 17 Kanonenschüssen abgab. Später empfing Prinz Heinrich den Bürgermeister der Stadt, den Zivilgouverneur und andere Vertreter der Behörden an Bord der „Deutschland“.

#### Ausland.

##### Der gemahregelte Prinz.

Auf den jungen katholischen Prinzen Alfonso von Orleans, der am Freitag auf Schloß Rosenau bei Koburg die evangelische Prinzessin Beatrice von Sachsen-Koburg und Gotha an den Altar geführt hat, prasseln jetzt die Mahregelungen herab. Der König von Spanien, dessen Genehmigung Prinz Alfonso zur Heirat nicht eingeholt hatte, hat einem Telegramm aus Madrid zufolge den Prinzen, der vor wenigen Tagen zum Leutnant im Regiment des Königs befördert worden war, jetzt zur Disposition gestellt. Prinz Alfonso von Orleans wird daher auch an der spanischen Expedition nach Marokko nicht teilnehmen. Der Prinz hat mit der Prinzessin Beatrice seine Hochzeitsreise nach dem Süden angetreten. Später wird das Paar in Koburg im Palais Coburg Wohnung nehmen.

**Der spanische Thronprätendent Don Carlos,** Prinz von Bourbon und Herzog von Madrid, ist am Sonntag nachmittag in Paris in der italienischen Provinz Como, in einem Hotel, in dem er sich mit seiner Familie seit einiger Zeit aufhielt, infolge eines am 15. Juli erlittenen Schlaganfalls gestorben. Nach dem Corriere della Sera ist Don Carlos in der letzten Zeit durch Nachrichten von der fortschreitenden Auflösung der Karlistenpartei in Spanien bestigen Gemütserschütterungen ausgefetzt gewesen, deren Folge der Schlaganfall gewesen sein soll. Don Carlos hat die Rechte, die der im Jahre 1788 geborene Don Carlos von Bourbon, der Bruder des spanischen Königs Ferdinand VII., vor dessen weiblicher Nachkommenschaft auf den spanischen Thron zu haben glaubte, in der dritten Generation vererbt. Die Karlistenbewegung wird wohl mit ihm endgültig zu Grabe getragen werden. Die Leiche des Prinzen soll in Laibach beigesetzt werden.

##### Der Thronwechsel in Persien.

In einem Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Teheran heißt es u. a.: Eine der ersten Handlungen der neuen Regierung war ein Sonntag nachmittag verkündeter Erlass, der in aller Form bekannt gibt, daß an Stelle des abgedankten Schahs sein ältester Sohn Achmed Mirza mit dem Titel Sultan zum Herrscher ausgerufen worden ist. Dieser Erlass ist von beiden Siegern des Bürgerkrieges Sipahdar und Sardar Afshar gezeichnet. Der Titel Schah ist demnach abgeschafft. Das Ministertkabinet ist zum Teil gebildet. Mafz el Mulk wurde aus der Schweiz berufen, um in das Kabinet als Finanzminister einzutreten. Er soll auch das Präsidium übernehmen. Sardar Mensfur übernimmt Post und Telegraphie, Mafz el Mulk das Portefeuille der Justiz. Entgegen gewissen Behauptungen der Nationalisten hat die deutsche Gesandtschaft festgestellt, daß ihre Kosaken in keiner Weise sich an dem Kampfe beteiligt haben. Sipahdar, der früher der Nationalisten, wurde überzeugt, daß die fraglichen Schiffe von der gegenüberliegenden von Bakhtaren besetzten russischen Bank kamen.

Ein weiteres Telegramm aus Teheran meldet, daß Saad Danesh zum Präsidenten des Reichstages gewählt worden ist. Das neue Wahlgesetz, das 88 Artikel umfaßt,